Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

Liebe Leserinnen und Leser,

wir übernehmen Verantwortung in schwierigen Zeiten. Wir packen mit Maß entschlossen die gewaltigen Gestaltungsaufgaben an, vor denen Deutschland und Europa stehen.

Ob in der Flüchtlingskrise oder im Kampf gegen den internationalen Terrorismus - wir arbeiten an konkreten Lösungen für große Herausforderungen, anstatt wie andere unser Land mit einfachen Antworten in die Sackgasse führen zu wollen.

Unser Parteivorsitzender Sigmar Gabriel hat auf unserem Bundesparteitag in Berlin deutlich gemacht: Die SPD hat die richtigen Konzepte, damit auch nachfolgende Generationen in einer sicheren und gerechten Gesellschaft leben können. In einer Gesellschaft, die zusammenhält, die Arbeit und Leistung wertschätzt und in der alle eine faire Chance auf Bildung und Wohlstand bekommen. Sigmar Gabriel hat hierfür die volle Unterstützung der SPD-Bundestagsfraktion!

Treibende Kraft in der Großen Koalition

Am Jahresende ist der richtige Zeitpunkt für einen Blick zurück: Ich finde, die Halbzeitbilanz der SPD-Bundestagsfraktion nach zwei Jahren Große Koalition kann sich sehen lassen! Gemeinsam mit unseren Ministerinnen und Ministern haben wir bereits viele zentrale Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Damit modernisieren wir Schritt für Schritt unser Land, sichern seinen wirtschaftlichen Erfolg und verbessern konkret die Lebenssituation vieler Menschen. Deutschland gut zu regieren, dass haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten beim Start der Großen Koalition versprochen. Und dieses Versprechen haben wir gehalten: Gesagt, Getan, Gerecht!

Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

Gemeinsam mit den Gewerkschaften haben wir dafür gesorgt, dass mit dem Mindestlohn gute Arbeit endlich fair entlohnt wird.

HAPPY BIRTHDAY, MINDESTLOHN!

Der große Faktencheck zum Einjährigen

KRITIKER BEHAUPTETEN:

Der Mindestlohn nützt nur wenigen Beschäftigten und ist ein „Jobkiller".

FAKT IST:

- 3,7 Millionen arbeitende Menschen profitieren von seiner Einführung.
- Wir haben die niedrigste Arbeitslosenquote seit 24 Jahren.
- Die Zahl der Minijobs ging zurück.
- Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten hat neue Rekorde erreicht.
- Rund 50.000 Menschen weniger müssen ihren Lohn mit Hartz IV-Leistungen aufstocken.
- Geringverdiener freuen sich über einen Lohnzuwachs von rund 5 Prozent.
- Der Mindestlohn schadet nicht der Wirtschaft – die Konsumlaune war selten besser.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, ifo Geschäftsklimaindex www.spdfraktion.de

Mit mehr Kindergeld und Kita-Plätzen, dem ElterngeldPlus und höherem BAföG fördern wir Familien und Bildung – die beste Investition in unsere Zukunft. Von Mietpreisbremse und massiven Ausbau des sozialen Wohnungsbaus profitieren viele Mieterinnen und Mieter ganz konkret.

Darüber hinaus haben wir mit grundlegenden Reformen die Leistungen bei Pflege, Gesundheit und Rente verbessert. Durchgesetzt haben wir außerdem, dass der Bund die Länder und Kommunen bei der Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge angemessen und dauerhaft finanziell unterstützt.

Wir haben einiges erreicht. Und weitere wichtige Vorhaben, die wir im Koalitionsvertrag unserem Koalitionspartner abgerungen haben, werden wir im kommenden Jahr umsetzen: Wir werden entschlossen daran gehen, Werkverträge und Leiharbeit vernünftig zu regulieren, um Missbrauch zu stoppen. Auch bei der Entlohnung von Männern und Frauen muss es endlich gerecht zugehen. Als wichtigen Schritt dorthin wollen wir die Arbeitgeber zu mehr Transparenz über die Bezahlung von Männern und Frauen verpflichten. Und für Menschen mit Behinderungen werden wir mit dem Teilhabegesetz bessere Rahmenbedingungen für eine menschenwürdige Teilhabe an Gesellschaft und Arbeit schaffen.

Für mich steht fest: Auch im kommenden Jahr wird die SPD-Bundestagsfraktion die treibende Kraft und stabiler politischer Anker in der Großen Koalition sein!

Foto: SPD.de

Sicher, gerecht und weltoffen – unsere Politik für eine gute Zukunft

Tatsache ist: Deutschland geht es gut. Noch nie waren so viele Menschen erwerbtätig. Die Reallöhne sind 2015 im Schnitt um ordentliche drei Prozent gestiegen. Unser Land ist aber nicht nur wirtschaftlich erfolgreich. Wir alle wertschätzen die politische Stabilität, die Freiheit und die Sicherheit, in der wir hier leben können.

Die hunderttausenden Schutzsuchenden, die in diesem Jahr aus Kriegsgebieten zu uns geflüchtet sind, bezeugen: Deutschland ist zum Ort der Hoffnung und der Sehnsucht für viele geworden. Jetzt gilt es, die Weichen richtig zu stellen, damit Deutschland auch künftig eine gute Lebensperspektive bietet. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten packen diese Gestaltungsaufgabe an und haben auf unserem Bundesparteitag in Berlin die richtigen Leitplanken gesetzt.

Um den sozialen Zusammenhalt zu sichern, werden wir in Bildung, Familien, für Chancengleichheit und Integration investieren. Dafür brauchen wir einen handlungsfähigen Staat. Nur ein starker Staat kann das Gemeinwohl fördern, die Schwachen schützen und Regeln durchsetzen. Und nur leistungsfähige Städte und Gemeinden bleiben in der Lage, die Aufgaben der Daseinsvorsorge zu stemmen. In der Flüchtlingspolitik hat sich die SPD daher dafür ausgesprochen, künftig Flüchtlingskontingente aufzunehmen, um die Geschwindigkeit des Zuzugs zu verlangsamen und zugleich besser kontrollieren zu können, wer in unser Land kommt.

Kein Platz für die Feinde Europas!

Die französischen Regionalwahlen haben erneut deutlich vor Augen geführt: In vielen Ländern Europas ist der Rechtspopulismus auf dem Vormarsch. Ihre Vertreter propagieren die Rückkehr zur nationalen Vielstaaterei. Dabei wissen wir: Globale Probleme lassen sich nicht national lösen. Wenn die Nationalisten die Oberhand gewinnen, dann wäre das das Ende von Europa als friedenstiftende Macht und das Ende einer offenen und freien europäischen Gesellschaft. Das müssen wir verhindern!

Um dem Populismus den Nährboden zu entziehen, ist es dringend notwendig, dass die Menschen wieder Vertrauen in die Handlungsfähigkeit Europas fassen. Hierfür muss es der EU und seinen Mitgliedstaaten zu allererst gelingen, die EU-Außengrenzen wirksam zu kontrollieren. Nur dann sind offene Binnengrenzen und Reisefreiheit auf Dauer überhaupt aufrechtzuerhalten. Die Aufwertung und personelle Verstärkung der europäischen Grenzschutzbehörde Frontex ist deshalb ein sinnvoller Schritt. Aber diese Maßnahme ist kein Ersatz für gegenseitige Hilfe der Mitgliedstaaten bei der Aufnahme von Flüchtlingen. Das vereinte Europa hat nur dann eine Zukunftsperspektive, wenn gegenseitige Solidarität kein leeres Versprechen ist, sondern praktizierte Realität.

Weltklimagipfel in Paris: Historischer Meilenstein

In Paris ist es erstmals gelungen, ein völkerrechtlich verbindliches Ziel zum Klimaschutz zu verankern. Mit dem Abkommen verpflichtet sich die Weltgemeinschaft, die Erderwärmung auf unter zwei Grad Celsius zu begrenzen und wenn möglich nicht über 1,5 Grad Celsius ansteigen zu lassen. Alle Staaten, die das Abkommen unterzeichnet haben, werden nun ab 2020 alle fünf Jahre ambitionierte Klimaschutzpläne vorlegen.

Wichtig ist: Das Abkommen überwindet die klimapolitisch veraltete Zweiteilung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Gleichzeitig enthält es feste Zusagen, um die Entwicklungsländer beim Klimaschutz und bei der Anpassung an den Klimawandel konkret zu unterstützen.

Die Welt hat mit dem Abkommen von Paris ein entscheidendes Signal für den Klimaschutz gesetzt. Nun gilt es, das Mögliche zu tun, um die ambitionierten Ziele des Abkommens tatsächlich in der Realität umzusetzen. Dies liegt in der Verantwortung der ganzen Weltgemeinschaft. Uns in Deutschland bestärkt die Klimavereinbarung darin, die von der SPD angestoßene Energiewende hin zu einem Umstieg auf Erneuerbare Energien und mehr Energieeffizient fortzusetzen.

Themen aus dem Plenum

Bericht zu Forschung und Innovation

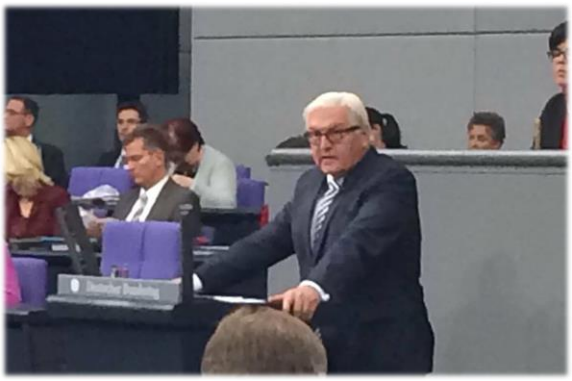
Jedes Jahr legt die Expertenkommission Forschung und Innovation ein „Gutachten zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands“ vor. Im diesjährigen Gutachten begrüßt die Expertenkommission die Aufhebung des Kooperationsverbots im Hochschulbereich. Sie begrüßt darüber hinaus die Fortsetzung des Hochschulpaktes und des Paktes für Forschung und Innovation, die zu einer langfristigen Absicherung der Finanzierung von Hochschulen und außeruniversitärer Forschung beitragen. Die Expertinnen und Experten schlagen vor, sich für das Jahr 2020 das Ziel zu setzen, 3,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) in Forschung und Entwicklung zu investieren. Nur so könne man langfristig zu den führenden Innovationsnationen aufschließen. In Bezug auf die Digitale Agenda begrüßt die Kommission das Engagement der Bundesregierung

beim Breitbandausbau. Zugleich weist sie darauf hin, dass die Versorgung mit digitalen Infrastrukturen regelmäßig in Hinblick auf sich verändernde Bedarfe der Wirtschaft anzupassen sei.

In einer Stellungnahme zum Gutachten weist die Bundesregierung darauf hin, dass niemals zuvor in Deutschland so viel Geld in Forschung und Entwicklung investiert wurde wie heute. Die Ausgaben des Bundes seien hier in den letzten zehn Jahren um 65 Prozent angewachsen. Damit sei das auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) bezogene 3-Prozent-Ziel in greifbare Nähe gerückt. Mit der Digitalen Agenda habe man zudem einen Ansatz geschaffen, der die Förderung technischer und sozialer Innovationen sowie gesellschaftlicher und regulatorischer Rahmenbedingungen gut miteinander verknüpfe.

Afghanistan bei Ausbildung nationaler Sicherheitskräfte unterstützen

Ziel der NATO-geführten RESOLUTE SUPPORT MISSION ist die Ausbildung, Beratung und Unterstützung der nationalen afghanischen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte. Mit dem vorliegenden Antrag soll das Mandat bis zum 31. Dezember 2016 verlängert werden. Die Personalobergrenze soll von 850 auf 980 Soldatinnen und Soldaten angehoben werden. Damit gewinnt das deutsche Einsatzkontingent die notwendige Flexibilität, um die Beratungs-, Ausbildungs- und Unterstützungsleistung auch personell erhöht und intensiviert weiterzuführen. Darüber hinaus hat die Bundeswehr weiterhin den Auftrag, auch im zivilen Wiederaufbau eingesetztes Personal der internationalen Gemeinschaft im Notfall in begrenztem Umfang und in Abstimmung mit der afghanischen Regierung zu unterstützen.



Vergaberecht modernisieren

Mit dem geplanten Gesetz soll die öffentliche Auftragsvergabe auf Grundlage des neuen gemeinschaftsweiten EU-Vergaberechts umfassend reformiert, modernisiert, vereinfacht und anwendungsfreundlicher ausgestaltet werden. Öffentliche Auftraggeber und Unternehmen sollen künftig mehr Flexibilität bei der Vergabe öffentlicher Aufträge erhalten. Gleichzeitig werden die Möglichkeiten des öffentlichen Auftraggebers gestärkt, z.B. umweltbezogene, soziale oder innovative Aspekte im Rahmen des Vergabeverfahrens zu berücksichtigen. Außerdem werden kommunale Freiräume, etwa bei der Vergabe an kommunale Unternehmen oder bei der Zusammenarbeit mit anderen Kommunen erstmals gesetzlich ausdrücklich geregelt. Dies bietet Kommunen mehr Rechtssicherheit bei der Bereitstellung von Leistungen der Daseinsvorsorge.

Im Einklang mit dem Europarecht bleibt die Trinkwasserversorgung ausdrücklich vom Vergaberecht ausgenommen. Außerdem konnten wir dem Wunsch des Bundesrats entsprechen und im Schienenverkehr die Anordnung des Personalübergangs beim Betreiberwechsel zum Regelfall machen. Dies war auch für die Gewerkschaften sehr wichtig gewesen. Das Gesetz wird noch durch ein Verordnungspaket begleitet, welches im Frühjahr mit Beteiligung des Bundestags beschlossen werden soll.

Befristete Beschäftigungsverhältnisse an Hochschulen begrenzen

Eine Evaluation des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes im Jahr 2011 hat ergeben, dass die dort verankerten Sonderregelungen den Hochschulen geeignete Instrumente zur Ausgestaltung von Beschäftigungsverhältnissen von wissenschaftlichen Mitarbeitern bieten. Allerdings weist die Evaluation darauf hin, dass der Anteil von Befristungen über einen sehr kurzen Zeitraum ein Maß erreicht hat, das weder gewollt war noch vertretbar ist. So besitzen zum Beispiel mehr als die Hälfte der Doktoranden Verträge mit einer Laufzeit von unter einem Jahr.

Durch die Novellierung des Gesetzes wirken wir Fehlentwicklungen in der Befristungspraxis nun entgegen, indem wir unter anderem festschreiben, dass Befristungsdauern entsprechend der angestrebten Qualifizierung zu bemessen sind. So sollen beispielsweise Verträge für Doktoranden für den gesamten Zeitraum der Promotion gelten. Ebenso wird das nicht-wissenschaftliche Personal aus dem Geltungsbereich des Gesetzes ausgeschlossen. Zeitverträge für nicht-wissenschaftliche Mitarbeiter werden dann nur noch nach dem Teilzeit- und Befristungsgesetz möglich sein, also nach denselben Bedingungen, die auch für andere Arbeitnehmer gelten.

In den parlamentarischen Beratungen zum Gesetzentwurf konnten wir zudem vereinbaren, dass Studierende an Hochschulen nicht nur vier, sondern jetzt sechs Jahre und damit während des gesamten Studiums, als wissenschaftliche Hilfskräfte beschäftigt sein können. Des Weiteren konnten wir eine Klarstellung bei den Drittmittelverträgen durchsetzen; diese werden nämlich zukünftig an den bewilligen Projektzeitraum gekoppelt werden.

Innovationen für die Gesundheitsversorgung besser nutzen

Der Gesundheitssektor ist für Deutschland ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Mit etwa 6,2 Millionen Erwerbstätigen ist die Gesundheitswirtschaft die größte Branche in Deutschland. In ihr sind mehr Menschen beschäftigt als in der Automobil- und Elektroindustrie zusammengenommen. Hierzu trägt nicht zuletzt die hohe Exportquote der industriellen Gesundheitswirtschaft bei, die mittlerweile mehr als 65 Prozent beträgt. Gerade auch um international konkurrenzfähig zu bleiben, gilt es Wissenschaft und Forschung in der Gesundheitswirtschaft zu fördern.

In unserem Antrag begrüßen wir deshalb die Durchführung des nationalen Strategieprozesses „Innovationen in der Medizintechnik“ durch Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), Bundesministerium für Gesundheit und Bundesministerium für Wirtschaft und

Energie. Zugleich fordern wir die Bundesregierung auf, im Kontext des Rahmenprogramms Gesundheitsforschung den schnellen Transfer von Forschungsergebnissen in die Gesundheitsversorgung zu forcieren, indem zum Beispiel die Abstimmung zwischen den verschiedenen Ministerien optimiert und die direkte Projektförderung des BMBF im Bereich der Medizintechnik ausgebaut wird. Ebenso regen wir an, die Innovationsfinanzierung für Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) weiter zu verbessern. Dafür gilt es unter anderem die Eigenkapitalsituation von innovativen KMU durch eine Belebung des Wagniskapitalmarktes zu stärken. Wichtig ist uns auch, dass die Bundesregierung bei der Umsetzung des Rahmenprogramms Gesundheitsforschung sowie im Rahmen ihrer Beteiligung am Innovationsfonds darauf hinwirkt, die Versorgungsforschung durch einen beschleunigten Transfer von Forschungsergebnissen und Innovationen weiter zu stärken.

Nationale Strategie für nachhaltige Entwicklung in Deutschland

Mit dem Indikatorenbericht 2014 legt das Statistische Bundesamt seinen fünften Bericht zur Entwicklung der Nachhaltigkeitsindikatoren vor. Der Indikatorenbericht 2014 zeigt beispielsweise beim Ausbau der erneuerbaren Energien, dem Abbau öffentlicher Finanzschulden und der Erhöhung des Beschäftigungsniveaus positive Trends. Dem stehen negative Entwicklungen in den Bereichen Artenvielfalt, Mobilität, gesamtstaatlicher Schuldenstand sowie Zukunftsinvestitionen gegenüber. Hier besteht Handlungsbedarf.

Im Bereich des Klimaschutzes beeinträchtigen aktuell steigende Treibhausgasemissionen die bisherigen Fortschritte. Darüber hinaus gibt es viele Ziele die sich zwar in die richtige Richtung, gleichwohl zu langsam, entwickeln. Bei der Energie- und Rohstoffproduktivität, dem Primärenergieverbrauch, umweltverträglicher Landbewirtschaftung, Gleichstellung sowie Flächeninanspruchnahme sind deshalb weitere Anstrengungen notwendig, um die Ziele zu erreichen.

Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

Ein bewegtes und ereignisreiches Jahr liegt hinter meinem Team und mir. Nächste Woche bin ich nochmal im Wahlkreis unterwegs. Dann geht es auch für uns in die wohlverdiente Weihnachtspause.

Wir wünschen einen frohen und besinnlichen vierten Advent!

Ihr